

# Überlieferer Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überlieferer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 48  
Friedrichshagen, B. 100.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeheften Zeitungs- oder deren Raum 25 Pf. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf. ausserdage Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 112.

Montag, den 14. Mai 1917.

24. Jahrg.

## Warum sind wir keine Annexionisten?

Es ist die unwiderstehliche Dialektik aller Kriege, daß sie als Verteidigungskriege begonnen werden und als Eroberungskriege enden; der militärische Sieg löst den Antriebs zu Annexionen geradezu automatisch aus. So weit sind wir in der Kultur immerhin fortgeschritten, daß im zwanzigsten Jahrhundert einen Krieg mit eingestandenem, nicht verhehltem, sondern offen bekannnten Eroberungszielen niemand unternehmen kann; daß also jeder Krieg, welches auch sein wahrer Anlaß und sein innerlicher Vorlaß sein möge, um sich zu rechtfertigen, um sich vor dem moralischen Bewußtsein des eigenen Volkes zu behaupten, als ein Verteidigungs- oder Befreiungskrieg begonnen werden muß. Daß es auch im Weltkrieg so war, ist ausreichend bekannt; plädiert doch jeder in diesem Kriege auf „unwiderstehlichen Zwang“, jeder will in den Krieg nur durch eine unabwendbare Notwendigkeit verstrickt oder vom Feinde dazu gezwungen worden sein; niemand will den Krieg gewollt haben, weil jeder fühlt, mit welchem Verbrechen behaftet er da stünde, wenn sein Wille auf diesen fürchterlichen und sinnlossten aller Kriege gerichtet gewesen wäre. Dabei verliert es nicht, daß keiner dem anderen glaubt, von seinem Rechte und von seiner Ansehlichkeit jeder so überzeugt ist wie von dem Unrecht und von der Böswilligkeit des anderen; wer diese Heberzeugung nicht hätte, oder sie nicht mindestens vorpiegeln würde, brähe ja unter der Last der Verantwortung zusammen. Aber in welchem Gewande der Krieg auch austrat und selbst dann, wenn seine Beweggründe rein und sittlich gewesen sind, wenn er wirklich nur Verteidigung war: in dem Augenblicke, da die militärische Sachlage es zu ermöglichen scheint, schlägt der Verteidigungskrieg in den Eroberungskrieg um. Und so endet er, wie ethisch er auch begonnen ward, daß man nimmt, wenn man kann, und so viel nimmt, als man kann. Der Krieg, die Vernichtung alles Sittlichen, ist zur Bewahrung moralischer Prinzipien keine geeignete Gelegenheit.

Doch weil wir uns von dem Schein der Dinge nicht blenden lassen und allzu genau wissen, wie die festerlichen Redensarten, die den Krieg begleiten, zu werten seien, wollen wir uns nicht begnügen, den Macht- und Eroberungspolitikern, die sich nach Annexionen heiser schreien, die Grundzüge der Sittlichkeit entgegenzuhalten. Warum wir Sozialdemokraten gegen Annexionen sind, wäre freilich rasch gesagt: weil wir in dem Verhältnis der Staaten und Völker der Gewalt keinen Platz einräumen; weil wir der Heberzeugung sind, daß dieses Verhältnis nur aus den ewigen Geboten des Rechtes und der Moral abgeleitet werden kann; weil unsere Ehrfurcht vor den Nationen zu groß ist, als daß wir zustimmen könnten, daß sie zum Objekt brutaler Eroberung erniedrigt werden dürfen, daß man sie, wie seelenloses Gut, zu höchst verwerflichen Zwecken mit Befehl besetzen darf. In Wahrheit ist die Annexion fremder Volksteile in unserer Zeit in der Epoche der Bewußtheit der Nationen, die gehässigste Verleugnung des menschlichen Rechtes, und wer um Machtgelüste willen sie empfindet oder übt, steigt auf die Stufe einer Barbarei herab, die aus den menschlichen Beziehungen längst getilgt sein müßte. Doch wissen wir, daß in Zeiten, da der Krieg die mühsam überwindenen Raubtiergelüste wieder neu erweckt hat, die moralischen Erwägungen nicht ausreichen, um die Annexionsforderungen, in denen sich die falschen Realpolitiker gefallen, ins Dunkel zurückzuschieben. Wir wollen deshalb die Vernunft sprechen lassen und die Annexionspolitik nüchtern-kritisch betrachten; ihre Gefährlichkeit und Widerumgänglichkeit wird uns bald klar werden. Von den sogenannten „Kriegszielen“ der Ententemächte brauchen wir da nicht zu handeln, denn deren hirnlose Familie steht ja vorweg fest.

Jede Annexion, die Deutschland unternähme, müßte dem Reiche Aktionsfremde einverleiben und damit das Deutsche Reich dessen berauben, was die Grundlage seiner Entwicklung und seines gewaltigen Aufstieges war: seiner nationalen Einheit und Geschlossenheit; jede Annexion würde den Nationalstaat unterhöhlen und schon darum für das Reich das gefährlichste Experiment sein. Ob im Osten oder im Westen, die Annexion würde überall eine gewalttätige Einverleibung sein, nur durch die Macht des Schwertes erzwungen, und so käme mit jeder Annexion ein Element der Unruhe, der Gärung, der Unsicherheit in den Einheitsstaat, das die eingebildeten Machtvorteile, die die Annexion bieten soll, weit übertragen würde. Schon diese Erwägung, die sich auf das Wesen des deutschen Einheitsstaates gründet, läßt uns erkennen, daß Annexionen für das Deutsche Reich ein höchst folgenschwerer Schritt wären. Hat uns der Weltkrieg doch gezeigt, daß Eroberungen, über die ein halbes Jahrhundert Geschichte hinweggegangen ist, den Stachel nicht gelöst haben, den die Gewalt in den betroffenen Gebieten und Menschen zurückläßt; und so sollten schon die Erfahrungen des Weltkrieges vor Annexionen wohl warnen. Was aber Oesterreich-Ungarn betrifft, so steht die Ungehörtheit seiner Entwicklung ein bestimmtes Gleichgewicht der nationalen Kräfte in seinem Innern voraus, und jede Mehrung seiner Nationen wäre nur Mehrung seiner Schwierigkeiten, ihre Steigerung in einem Maße, das die große Aufgabe sei-

ner inneren Konsolidierung geradezu unlösbar machen würde. Allmählich wachsen die vielen Nationen zu einer Staatlichkeit zusammen, allmählich festigt sich das Gefüge und aus der losen Aneinanderreihung der erheirateten und erworbenen Gebiete wird der Nationalitätenstaat, mit Schwierigkeiten behaftet, Erschütterungen ausgesetzt, aber doch ein Staat. Aber dem, was allmählich geworden ist, immer neue Volkerschaften aufzupropfen, hieße den Prozeß des Zusammenwachsens, der ja an sich schwierig ist, von neuem stören, an die Anfänge zurückzuführen; hieße neue Garantien hervorrufen, die alles in Frage stellen, was wir an staatlicher Ordnung mühsam erworben und aufgebaut haben. Keine Annexion könnte wettmachen, was sie beeinträchtigt; der Nachteil wäre immer größer. Wer also ein geordnetes, konsolidiertes Oesterreich-Ungarn will — und dieses zu wollen ist wahrer Patriotismus —, muß die Annexionspläne, mit denen unsere „Imperialisten“ hausieren gehen, die aber, wie aus den so bestimmten Erklärungen Czernins zu erkennen ist, von den verantwortlichen Leitern schon gar nicht geteilt werden, wegen ihrer besonderen Gefährlichkeit rundweg ablehnen.

Das zweite, was die Vernunft erwägen muß, ist die Tatsache, daß ein Gewaltfrieden, das heißt ein Frieden, den man diktiert und bei dem man sich keine Schranken auferlegt, bei allen Gegnern, denen man ihn auferlegt, tödliche Feindschaft zurücklassen würde. Was das aber für die künftige Sicherheit der Mittelmächte bedeuten würde, kann sich wohl jeder Zurechnungsfähige sagen, wenn er sich erinnert, daß die Gegner heute fünfzehnhundert Millionen Menschen zusammengesetzt haben, also den größeren Teil der Menschheit, mit dem insbesondere Deutschland, wenn seine Weltwirtschaft nicht verdorren soll, in steten wirtschaftlichen Beziehungen bleiben muß. Wie könnte ein Aufbau möglich sein, wenn der Gewaltfrieden die halbe Menschheit in unversöhnliche Feindschaft stößt? Ohnedies wird das Meer von Blut, das heute die Welt in zwei Lager trennt, auch im Frieden noch lange ein unübersteigbares Hindernis sein, und der Haß, der sich zwischen den zwei Lagern aufgeföhrt, wird es noch lange hindern, daß sich die Wunden schließen und die so gründlich abgerissenen Fäden wieder anknüpfen. Dagegen würden selbst Verträge, die die Sieger den Besiegten auferlegen, wenig nützen; die individuelle Abneigung aller Käu-

fer und Verkäufer, die sich danach erst recht geltend machen würde, ist durch Handelsverträge nicht zu bannen. Wenn der Handelskrieg nach dem Kriege, mit dem die Ententestaatsmänner deutlich drohen, den sie ja schon vorbereitet, nicht fürchtbare Wirklichkeit werden soll, so muß der Weltkrieg friedlich-schiedlich beendet werden, durch einen Friedensschluß, der niemanden vergewaltigt, niemanden demütigt, der wirklich, wie es das Friedensangebot der Mittelmächte so klar gesagt hat und wie es besonders Graf Czernin seither so bestimmt umschrieben hat, ein Frieden ist, welcher Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit allen Beteiligten verbürgt. Aber zu der Anerkennung der Ehre gehört vor allem, daß Annexionen niemandem zugemutet werden. Annexionen sind der Krieg nach dem Kriege, der Handelskrieg, das Betrüsten; sind die Verewigung und Verschärfung des Zustandes, unter dem die Menschheit vor dem Kriege gelitten hat. Wer Annexionen fordert, will der Menschheit auch nach dem Kriege kein Aufatmen gönnen.

Der entscheidende Grund gegen die Annexionen ist aber, daß anders als unter Verzicht auf Annexionen der Frieden nicht zu haben ist, bei diesem Verzicht aber wohl zu erreichen wäre. Deshalb durchschauen die Völker jene falschen Friedensfreunde bis auf den Grund ihrer heuchlerischen Seele, die immerzu beteuern, auch sie seien für den Frieden, nur müßte bei dem Frieden auch Machtvermehrung sein. Wer annektieren will, will den Frieden nicht, und wer den Frieden will, muß auf Annexionen verzichten; darüber ist nach der Wendung der Dinge in Rußland, auf der jetzt die Friedenshoffnung Europas beruht, kein Zweifel mehr möglich. Und weil wir Sozialdemokraten wissen, daß der Menschheit nichts so not tut als die Beendigung des Krieges, daß sie, um nicht zugrunde zu gehen, der grauen Selbstzerstörung ein Ende machen muß und den Frieden braucht, um aufzubauen, was der Krieg vernichtet, deshalb sind wir keine Annexionisten! Denn wir wissen, daß ein Friede, der aus dem Uebereinkommen aller Kriegführenden als Freien und Gleichen entsteht, gegenüber dem Grauen einer Fortführung des Krieges bis zum Ausbluten aller für jeden von ihnen ein Segen sein wird — ein Segen, der alle eingebildeten Machtvorteile weit hinter sich läßt.

(Wiener „Arbeiter-Zeitung“.)

## Stockholm.

Eine eigenartige, kaum glaubliche Meldung kommt aus Berlin. Nach derselben hat Hög, Haase, der Vorsitzende der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, gestern dem Berichter des „Neuen Wiener Journals“ erklärt, daß vom Berliner Polizeipräsidenten die Ausstellung der Auslandsvisse zur Reise nach Stockholm für ihn selbst und für die andern Mitglieder der Abordnung der sozialdemokratischen Minderheit verweigert worden ist. Haase hat deshalb mit seinen Parteigenossen nach Schluß der Reichstagsitzung eine kleine Anfrage eingebracht, über die am Dienstag verhandelt werden wird.

Wenn diese Meldung zutrifft, dann hätte also das Treiben der alldutschen Heßer den von ihnen gewünschten Erfolg gehabt, es ist aber zu erwarten, daß die Reichsregierung den politischen Fehler des Berliner Polizeipräsidenten korrigiert. Im übrigen erinnern wir daran, daß die österreichische Regierung in einem hochoffiziösen Artikel des Wiener „Freundenblatts“ vom 20. April folgendes erklärt hat:

„Von uns ist den Sozialdemokraten kein Hindernis in den Weg gelegt worden, auf einem internationalen Parteitag über den Frieden zu sprechen. Im Gegenteil, wir haben, soweit es an uns gelegen war, die Wege zu dieser Aussprache geebnet. Das monarchische und angeblich reaktionäre Oesterreich-Ungarn und das politisch angeblich rückständige Deutsche Reich haben ihren Sozialdemokraten gestattet, hinauszuweichen und über den Frieden zu sprechen, während es bisher noch mehr als fraglich ist, ob das moderne, freieitliche Rußland den Vertretern seiner Sozialdemokratie erlauben wird, sich gleichfalls einzufinden, und noch fraglicher, ob England, das sich als oberster Repräsentant aller demokratischen Grundzüge ausgibt, und ob das republikanische Frankreich sich dazu herbeilassen werden.“

Wir können nicht annehmen, daß der Stolz der österreichisch-ungarischen Regierung auf ihren nur „angeblich rückständigen“ Bundesgenossen berührt gewesen sein möchte. Das wäre aber der Fall, wenn man den Deutschen im Gegensatz zu den Oesterreichern und Ungarn die Nase verweigern wollte oder wenn man den Versuch machen würde, zu „sitzen“!

Franz Mehring erklärt in einem Briefe an Siebold, die Gruppe „der Internationalen“

lehne es ab, an einer Besprechung teilzunehmen, auf der die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie vertreten sei. Solcher Kinderei hätten wir allerdings die sogenannte Gruppe der Internationalen nicht für fähig gehalten.

Wir zitieren bereits das Friedensprogramm, das der dänische Genosse Borgbjerg in angeblichem Auftrag der deutschen sozialdemokratischen Partei nach Petersburg gebracht haben sollte. Obgleich nur ein sehr einseitiger Bericht der Petersburger Telegraphenagentur vorlag, fühlte sich doch der Schwede Branting veranlaßt, sofort im Stockholmer „Sozialdemokraten“ gegen die Reise Borgbjergs Einspruch zu erheben und zu betonen, daß dieser keine reale Mandat habe, sondern lediglich als Journalist nach Petersburg gegangen sei. Dann aber fährt Branting schweres Geschütz auf:

Was auch an Demerits und Widerrufen noch kommen mag, zweifellos wird die ganze Art der Vorbringung dieses unverantwortlichen Friedensangebotes in Westeuropa den Argwohn erregen, daß das ganze Vorgehen der Internationale bewußt oder unbewußt deutschen Interessen einseitig zu dienen bezweckt. Sollte dies die Folge sein, dann war die Vorlegung dieses deutschen mehrheitssozialistischen Friedensangebots in Petersburg durch die dänische Zwischenhand ein wirkliches Bärendienst für die schwere und Last erfordernde Arbeit der Wiedererrichtung der Internationale.

Der Kopenhagener „Sozialdemokrat“, dessen Leiter Borgbjerg ist, bemerkt dazu, daß Borgbjerg in der Tat nur als Journalist in Petersburg sei und keine offiziellen Einladungen übermittelt habe. Selbstverständlich habe er aber die russischen Parteigenossen über den Standpunkt der Genossen in den andern Ländern, den er genau kennt, aufgeklärt.

In Stockholm ist als Termin der Einzelberatung mit den Oesterreichern der 29. Mai festgelegt worden. Anfang Juni folgen dann die Besprechungen mit den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie.

Das Kopenhagener Blatt „Sozialdemokraten“ meldet aus Stockholm: Am Sonnabend nachmittags versammelte sich das skandinavische sozialdemokratische Komitee, vertreten durch Branting, den Sekretär Gustav Möller und Söderberg. Als Gäste waren geladen die Belgier Vandervelde und Hansman, die Holländer Troelstra und van Kol, der Russe Kubano-









auf 250 Mt. gefordert hat. Der Weg, nur eine gewisse Menge...

Abg. Held (Nat.): In Kriegsernährungsamt herrscht ein...

Direktor im Kriegsernährungsamt v. Oppen betont gegen...

Abg. Weilenböck (Konj.) wünscht, daß mehr auf die...

Abg. Masinger (Zentr.) nimmt einige Angaben seines...

Abg. Mümm (Deutsche Frakt.) fordert, daß in Zukunft...

Präsident v. Batocki: Das geschah nur wegen des...

Die Besprechung löst sich.

Sämtliche Entschätzungen werden zur Erwägung überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Montag 11 Uhr: Dritte Lesung...

Schluß nach 4 1/2 Uhr

Bourgeoisie und Proletariat Rußlands im Kampf um Krieg und Frieden.

Die meichen Geschehnisse in dem großen Reiche der Revolution...

Mein, die bürgerlichen Elemente, die die revolutionäre...

Diese Arbeit wird offenbar ebenso eifrig wie geschickt...

Daß es sich bei dieser Ministerung nur um eine...

aßo ganz andere Dinge im Auge haben, wenn er die...

Über ebenso klar ist, daß die Interessen der Bourgeoisie...

Daß der russische Sozialismus in diesem Kampfe sich in...

Politische Rundschau. Deutschland.

Die Reichstagsdebatte über die Volksernährung

ging am Sonnabend vor leeren Bänken zu Ende, nachdem...

Genosse Stube wandte sich eingehend gegen die...

Aus den weiteren Reden sei hervorgehoben, daß der...

Gen. Lustig war der Vorschlag des Herrn von Batocki...

Die weitere Debatte dauerte noch bis in die fünfte...

Das Elend des wackeligen Kindes.

Der 16. Reichstagsantrag für Bevölkerungspolitik...

- 1. die Einrede des Mehrvertrages (§ 1717) beseitigt, 2. die Empfangsfrist des § 1717 im Sinne des § 1592...

III. Novellen zu den Militärverordnungen...

VI. Die verbündeten Regierungen zu erziehen, eine...

Nach längerer Diskussion wurden die Entwürfe zur...

Verbot von Frauenversammlungen.

Abg. Vogt hat im Reichstage folgende Anfrage...

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß durch...

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, das...

Aus der Partei.

Der Schweizer Parteivorstand und Stockholm. Am...

Aus dem Gerichtssaal.

Verurteilte Mörder. Der Kaufmann Rotenberg...

Aus Nah und Fern.

Ein Kriegsblindenheim. Das durch Stiftung ermöglichte...

Durch Gasexplosion getötet. Aus Berlin wird berichtet...

3 Personen ertrunken. Beim Kentern eines Ruderbootes...

Schne Butler - keinen Zucker. Der Landrat des...

Herrgott und Hindenburg. In der Zeitung der 10....

Zum Herrgott und Hindenburg wollen wir rufen...

Der Stabreim „Herrgott und Hindenburg“ wiederholt...

Große Explosion in Japan. Aus Tokio wird gemeldet...

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling...